

Protokoll Nr. 12 (2019-2023)

der öffentlichen Sitzung des Beirates Schwachhausen am 17.12.2020 – als Videokonferenz

Beginn: 19:35 Uhr

Ende: 21:50 Uhr

Anwesend waren:

- | | | |
|----------------|--|---|
| a) vom Beirat | Songül Aslan
Christian Carstens
Gudrun Eickelberg
Wiebke Feuerhake
Maria-Katharina Gonther
Dr. Vera Helling
Klaus-Peter Land
Kay Middendorf
Maria Schmidt
Dr. Hans-Peter Volkmann | Miriam Benz
Hela Dumas
Anna Faethe
Dr. Michael Fillié
Markus Gonther
Sandor Herms Herms
Jörn Linnertz
Gabriele Schmidt
Dr. Wolfgang Schober |
| b) vom Ortsamt | Dr. Karin Mathes
Thomas Berger | |

Die vorgelegte Tagesordnung wird genehmigt.

Das Protokoll Nr. 11 der öffentlichen Beiratssitzung am 29.10.2020 wird ebenfalls genehmigt.

TOP 1: Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Mitteilungen aus der Bevölkerung

Eine Bürgerin erkundigt sich nach dem Sachstand im Planfeststellungsverfahren zur geplanten Fernwärmetrasse.

Frau Dr. Mathes erwidert, dass die öffentliche Auslegung noch bis 22.12.2020 andauern werde. Im Übrigen könnten alle Unterlagen auch digital über die Homepage des Ortsamtes eingesehen werden. Der Beirat werde eine Stellungnahme am 28.01.2021 abgeben, private Einwendungen seien noch bis 03.02.2021 möglich.

Mitteilungen aus dem Beirat

Herr Herms berichtet, dass seine Partei einen Antrag für eine gemeinsame Stellungnahme gegen die für 05.12.2020 in Bremen angemeldete, jedoch gerichtlich untersagte, aber im Grunde doch stattgefunden Demonstration der „Querdenken-Bewegung“ vorbereitet hätte. Frau Dr. Mathes habe ihn jedoch gebeten, da es sich nicht um ein originär stadtteilbezogenes Thema handele und die Tagesordnung bereits festgelegt gewesen sei, dies unter TOP 1 zur Sprache zu bringen. Seine Partei verurteile es, dass selbst nach dem durch das Bundesverfassungsgericht bestätigten Versammlungsverbot weiter für diese Veranstaltung mobilisiert worden sei. Die Veranstaltung habe teilweise auch in Schwachhausen, im Bürgerpark und am Stern, stattgefunden. Trotz gesundheitlicher Risiken hätten Personen ohne Masken teilgenommen. Die Querdenken-Bewegung gründe auch auf gezielten Falsch-Informationen und schließe an bestehende Vorurteile wie auch antisemitische Stereotype an.

Nach zustimmenden Rückmeldungen aus den anderen Fraktionen – lediglich Gabriele Schmidt wendet sich gegen eine pauschale Verurteilung der Mitglieder der Querdenken-Bewegung – verliest Herr Herms den ursprünglichen Text des Antrags:

„Der Beirat Schwachhausen verurteilt die Aktionen der ‚Querdenken‘-Bewegung am 05.12.2020 in Bremen, insbesondere die Verstöße von ‚Querdenken‘-Anhänger*innen gegen das vom Bundesverfassungsgericht bestätigte Versammlungsverbot der Bewegung, die sich unter anderem auch in Schwachhausen abspielten.

Der Beirat distanziert sich zudem von den verschwörungstheoretischen, antisemitischen und NS-

relativierenden Inhalten der ‚Querdenken‘-Bewegung.“

Anschließend lässt Frau Dr. Mathes über den Antrag abstimmen: Er wird bei einer Nein-Stimme mit großer Mehrheit angenommen.

Herr Linnertz problematisiert, dass [§ 14](#) des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter (OBG) nach wie vor keine gesetzliche Grundlage für Videokonferenzen biete.

Frau Dr. Mathes macht deutlich, dass die Senatskanzlei (SK) die Auffassung vertrete, dass die jetzige gesetzliche Regelung ausreiche, um Beiratssitzungen in Form einer Videokonferenz durchzuführen. Auch der Fachausschuss „Globalmittel, Koordination und Prävention“ habe keine Einwände gegen die heutige Videokonferenz erhoben.

Mitteilungen aus dem Ortsamt

Frau Dr. Mathes teilt mit, dass die Senatorin für Justiz und Verfassung (SJV) eine digitale Übersicht der bislang von ihrem Ressort erstellten Rechtsgutachten nach [§ 7 Abs. 4](#) des OBG erstellt habe.¹

TOP 2: CDU-Antrag zur Geschäftsordnung: Debattenkultur im Beirat sichern

Herr Linnertz begründet den Antrag.² In der Beiratssitzung am 29.10.2020 habe Herr Land beantragt, die Debatte zu TOP 5 zu schließen, obwohl der Sachverhalt noch nicht abschließend diskutiert worden sei.³ Er selbst habe noch nicht gesprochen und damit nicht auf die Auskunft des Kontaktbeamten Vogel, die sich im Nachgang als falsch herausgestellt habe, erwidern können. Diese Vorgehensweise könne negativ auf das gesamte Gremium zurückfallen, außerdem dürfe die politische Mehrheit des Gremiums die Minderheit nicht mundtot machen. Deshalb sei es notwendig, sowohl für einen Antrag auf Schluss der Redeliste als auch für einen Antrag auf Schluss der Debatte höhere Hürden, als sie die Geschäftsordnung bislang vorsehe, einzuführen. Dies sei in anderen Gremien durchaus üblich.

Herr Dr. Schober stellt hingegen fest, dass der Beirat mit der vorhandenen Geschäftsordnung über Jahre gut zurechtgekommen sei. Deshalb sei der Antrag nicht angemessen.

Auch Herr Carstens hält den Antrag für nicht zielführend. In der Sitzung am 29.10.2020 sei es zu einer Ausnahmesituation gekommen, nachdem die CDU zuvor angekündigt habe, in jeder Beiratssitzung für eine weitere Straße die Legalisierung aufgesetzten Parkens zu beantragen. Alle Beiratsmitglieder seien für solche Situationen ausreichend sensibilisiert.

Gabriele Schmidt betont die gute Debattenkultur im Beirat, alle würden gehört. Den Antrag auf Schluss der Debatte in der Sitzung am 29.10. sehe sie nicht als fair an, es gehöre zur guten Etikette, die Rednerliste abzuarbeiten.

Frau Dr. Mathes hält an dieser Stelle fest, dass formal alles korrekt verlaufen sei. Es habe einen Antrag zur Geschäftsordnung gegeben, der abgestimmt worden sei.

Frau Feuerhake berichtet, dass sie die Vorgehensweise der CDU als wiederholte Provokation erlebt habe und deshalb am 29.10. die Geduld der Mehrheit des Gremiums erschöpft gewesen sei. Allerdings habe sie sich über die Debattenkultur bei dieser Sitzung erschrocken. Sie erlebe das Gremium so, dass es eigentlich gut zusammenarbeiten möchte. Deshalb hoffe sie, dass sich dieser Vorgang nicht wiederholen werde und damit eine Änderung der Geschäftsordnung nicht notwendig sei.

Herr Dr. Volkmann stellt fest, dass er die Äußerung von Herrn Carstens dahin verstehe, dass es mit dem Antrag auf Schluss der Debatte tatsächlich zu einem Foul gekommen sei. Provokationen seien nicht angezeigt, aber der gegenseitige Respekt gebiete es, einen Sachverhalt zu Ende zu diskutieren.

Abschließend lässt Frau Dr. Mathes über den vorliegenden Antrag abstimmen: Er wird bei sechs Ja-Stimmen und drei Enthaltungen mit zehn Nein-Stimmen abgelehnt.

¹ Die zwischenzeitlich erstellten Rechtsgutachten der Senatorin für Justiz und Verfassung finden sich unter [„Beiräte fragen – das Justizressort antwortet“](#).

² Der Antrag der CDU-Fraktion ist als **Anlage 1** diesem Protokoll angefügt.

³ Siehe das [Protokoll der Beiratssitzung am 24.09.2020](#) (TOP 5).

TOP 3: Vergabe der Mittel für die offene Jugendarbeit 2021

Frau Dr. Mathes berichtet, dass sich der Controllingausschuss (CA) des Stadtteils einvernehmlich auf die Verteilung der vorhandenen finanziellen Mittel für die Jugendarbeit verständigt habe.⁴ Es sei jedoch darüber hinaus auch das Einvernehmen mit dem Beirat herzustellen.

Frau Gonther ergänzt, dass sich der CA am 30.11.2020 beraten habe. Zuvor hätten sich die Trägereinrichtungen bereits in der Beiratssitzung am 24.09.2020 vorgestellt.⁵ Beim Träger Deutsches Rotes Kreuz sei eine geringfügige Kürzung gegenüber den beantragten Mitteln vorgenommen worden. Dabei handele es sich um Leitungs- und Fachberatungsstunden, die der Träger selbst übernehmen müsse. Einer weiteren Kürzung bei den Sachausgaben, die das Amt für Soziale Dienste (AfSD) vorgeschlagen habe, habe der CA nicht entsprochen.

Der Beirat stimmt der vorgeschlagenen Mittelvergabe einstimmig zu.

TOP 4: Globalmittelvergabe 2020

Frau Dr. Mathes teilt mit, dass der Beirat noch über Restmittel in Höhe von € 7.588 verfügen könne. Es liege der Globalmittelantrag eines Künstlers über € 7.000 vor, der ein Buch über den Friedhof Riensberg veröffentlichen möchte. Frau Dr. Mathes macht deutlich, dass sich allein die Druckkosten auf € 34.272 brutto belaufen. Daneben entstünden dem Autor weitere Kosten etwa für die Bemusterung und Bewerbung des Buches. Als Eigenanteil des Autors sei auch sein zeitlicher Aufwand für die Erstellung des Buches anzusehen. Sollten sich nicht alle gedruckten Buch-Exemplare verkaufen, würden ihm hierfür zusätzliche Kosten entstehen. Der Fachausschuss „Globalmittel, Koordination und Prävention“ habe seine grundsätzliche Zustimmung signalisiert, allerdings habe es Bedenken wegen der Höhe der beantragten Summe gegeben.

Der Beirat spricht sich bei einer Enthaltung einstimmig für die Vergabe in der beantragten Höhe aus.

Damit ständen noch € 588 zur Verfügung, so Frau Dr. Mathes, für die ein weiterer Globalmittelantrag vorliege, um Banner anzuschaffen, die an Straßen über die geltenden Abstandsregeln zwischen Kfz und Radverkehr informieren sollen.

Herr Raschkewitz (Polizeirevier Schwachhausen) teilt mit, dass das Revier derzeit über drei Banner verfüge, sich aber Banner wünsche, deren Botschaft augenfälliger und eindeutiger sei. Das Revier sei bereit, die nötigen Genehmigungen beim Amt für Straßen und Verkehr (ASV) einzuholen, die Banner anzubringen und zu betreuen. Drei feste Halterungen könne das Revier zur Verfügung stellen.

Der Beirat kommt einstimmig überein, für dieses Anliegen € 400 bereitzustellen und bittet darum, im Rahmen des nächsten Jour fixe Verkehr die Einzelheiten zu klären (Anzahl der Banner, konkrete Gestaltung, Varianten). Als Träger*innen der Maßnahme sollen auf den Bannern der Beirat und die Polizei erscheinen.⁶

TOP 5: CDU-Antrag: Kriminalität bekämpfen, nicht nach Schwachhausen abdrängen

Frau Dr. Mathes hält eingangs fest, dass neben dem bereits länger vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion kurzfristig ein gemeinsamer Antrag von Grünen und SPD eingegangen sei.

Zunächst stellt Herr Dr. Volkmann den Antrag der CDU vor und verweist darauf, dass sich die Anwohner*innen der Blumenthalstraße durch die neue Entwicklung, dass Drogenabhängige die dortigen Hauseingänge zum Drogenkonsum nutzten, belästigt fühlten.⁷ Vom Senator für Inneres (SI) sei zu erwarten, dass er ein abgestimmtes Vorgehen entwickle.

Anschließend stellt Frau Eickelberg den gemeinsamen Antrag von Grünen und SPD vor und stellt fest, dass beide Anträge nicht weit auseinanderlägen.⁸ Wichtig sei allerdings aus ihrer Sicht, dass

⁴ Der Vorschlag des Controllingausschusses zur Verteilung der Mittel für die offene Jugendarbeit ist als **Anlage 2** diesem Protokoll angefügt.

⁵ Siehe das [Protokoll der Beiratssitzung am 24.09.2020](#) (TOP 3).

⁶ Die Liste der Globalmittelanträge ist in der beschlossenen Fassung als **Anlage 3** diesem Protokoll angefügt.

⁷ Der Antrag der CDU-Fraktion ist als **Anlage 4a** diesem Protokoll angefügt.

⁸ Der gemeinsame Antrag der Grünen- und SPD-Fraktion ist als **Anlage 4b** diesem Protokoll angefügt.

zwischen Drogenabhängigen, die Unterstützung bräuchten, und Dealenden, deren Verhalten sanktioniert werden müsse, zu unterscheiden sei. Außerdem reiche es nicht, die Verdrängung nach Schwachhausen zu beklagen. Auch andere Stadtteile seien betroffen und müssten gesehen werden.

Herr Linnertz verdeutlicht, dass er sich nicht auf die Formulierung im gemeinsamen Antrag „in und um den Nelson-Mandela-Park“ festlegen wolle. Richtig sei aber, dass auch andere Stadtteile von der Entwicklung negativ betroffen seien. Wichtig sei ihm, dass der Handel mit Drogen sanktioniert werde.

Herr Middendorf regt an, im gemeinsamen Antrag von Grünen und SPD den Hinweis auf den Nelson-Mandela-Park zu streichen. Herr Dr. Volkmann signalisiert hierfür ebenfalls sein Einverständnis.

Frau Eickelberg zeigt sich hiermit einverstanden.

Cornelia Barth (comeback gGmbH) erläutert, dass der Drogenkonsumraum in der Friedrich-Rauers-Straße im September eröffnet habe und sich noch im Aufbau befinde.⁹ Die Szene müsse noch weiter an den geschützten neuen Raum herangeführt werden. Die Strategie der Polizei, vor dem Hauptbahnhof Drogenkonsum und -handel zu verdrängen, sei leider nicht nur sinnvoll gewesen. Comeback werde zukünftig ihre Straßensozialarbeit auch auf den Ortsteil Barkhof ausweiten. Aus ihrer Sicht fehle es in Bremen noch an weiteren Räumen, die eine Übernachtungsmöglichkeit anböten.

Frau Gonther stellt fest, dass die Verdrängung einer bestimmten Klientel von Orten problematisch sei. Gleichzeitig müssten neue und akzeptierte Orte angeboten werden, wo sich diese Menschen treffen könnten.

Abschließend lässt Frau Dr. Mathes über den gemeinsamen Antrag von Grünen und SPD abstimmen: Er wird bei zwei Enthaltungen einstimmig angenommen.

TOP 6: Antrag zum Entwicklungsplan Recyclingstationen 2024

Frau Eickelberg hält fest, dass Sie einen Tag vor der Beschlussfassung des Verwaltungsrats der Bremer Stadtreinigung (dbs) in einer Videokonferenz zusammen mit anderen Beiratsprecher*innen über die Planungen informiert worden sei. Das sei völlig unzureichend, bereits im Vorfeld der Sitzung des Verwaltungsrats hätten die Beiräte stärker beteiligt werden müssen. Außerdem halte sie es für wichtig, andere, unmittelbar betroffene Stadtteile zu unterstützen. Abschließend stellt sie den gemeinsamen Antrag der Grünen- und SPD-Fraktion vor.¹⁰

Frau Witte (dbs) berichtet, dass die von Frau Eickelberg genannte Veranstaltung eine reguläre Beteiligung der Beiräte nicht ersetzen sollte. Diese folge noch; gerne stelle die dbs allen betroffenen und interessierten Beiräten die Planungen im Detail vor. Dabei sollen die Bedenken und Vorschläge der Beiräte aufgenommen und bei der weiteren Beratung abgewogen werden. Regelhaft sei es notwendig gewesen, dass der Verwaltungsrat, sozusagen der Aufsichtsrat der dbs, zunächst für die Planungen des Vorstands grünes Licht gegeben habe. Erst dann könne der Vorstand fortfahren.¹¹

Herr Middendorf stellt fest, dass mit der Rekommunalisierung der in den 1990-er Jahren privatisierten Bremer Entsorgungsbetriebe 2018 das Versprechen einhergegangen sei, dass es zu keinen Kostensteigerungen bzw. Leistungseinschränkungen kommen werde. Die geplante Umstrukturierung sei aber als Hinweis zu verstehen, dass die dbs mit den eingenommenen Gebühren das vorhandene Angebot nicht mehr erhalten könne.

Herr Saxe (Mitglied der Bremischen Bürgerschaft) erklärt, dass er neben anderen Parlamentarier*innen Mitglied des Verwaltungsrats der dbs sei. Formal, so betont er, sei das Verfahren bislang korrekt gelaufen. Allerdings mache das Konzept der dbs in einem zweiten Schritt eine Änderung des Abfallortsgesetzes nötig. Das erfordere eine parlamentarische Beratung, eröffne

⁹ Weitere Informationen unter [comeback gGmbH](#).

¹⁰ Der gemeinsame Antrag der Grünen- und SPD-Fraktion ist als **Anlage 5** diesem Protokoll angefügt.

¹¹ Nähere Informationen finden sich auf der [Homepage](#) der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS)

die Möglichkeit einer weiteren Prüfung und gebe den Beiräten die Möglichkeit, sich einzumischen. Der Unmut der Beiräte sei durchaus bereits wahrgenommen worden.

Frau Faethe und Herr Dr. Schober machen deutlich, es müsse möglich sein, dass sich die Beiräte umfassend informieren und eigene Vorschläge einbringen können.

Herr Linnertz betont, dass mit den Planungen die Daseinsvorsorge im Stadtteil berührt sei. Deshalb müssten die Beiräte auch rechtzeitig in die Planungen eingebunden werden.

In der anschließenden Abstimmung spricht sich der Beirat einstimmig für den vorgelegten Antrag aus.

Frau Dr. Mathes hält fest, dass der Beirat den Entwicklungsplan zu den Recyclingstationen auf einer Beiratssitzung ab Februar 2021 beraten könne.

TOP 7: Sitzungstermine 2021¹²

Der Beirat nimmt zustimmend Kenntnis.

TOP 8: Verschiedenes

Herr Dr. Schober bemängelt, dass sich der Fachausschuss „Bildung und Kinder“ seit Monaten zu keiner ordentlichen Sitzung mehr getroffen habe. Der Beirat gebe damit kein gutes Bild ab. Frau Dr. Helling unterstützt diese Kritik.

Frau Dumas erwidert, dass sich die eigentlich verabredeten Termine auf dem Hintergrund der Corona-Pandemie mit den vorgesehenen Schulen nicht realisieren ließen.

Sprecherin

Vorsitzende

Protokoll

Eickelberg

Dr. Mathes

Berger

¹² Die Übersicht mit den Sitzungsterminen für 2021 ist als **Anlage 6** diesem Protokoll angefügt.